

II— 5004 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Wien, am 1979 04 05

Zl. 10.101/30-I/1/79

Parlamentarische Anfrage Nr. 2351 der
Abg. DDr. König und Gen. betr. Vergabe von
Aufträgen zur künstlerischen Ausgestaltung
der UNO-City.

2346 IAB

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton Benya

1979 -04- 05

zu 2351 IJ

Parlament
1010 Wien

Auf die Anfrage Nr. 2351, welche die Abgeordneten DDr. König und Genossen am 9.2.1979, betreffend Vergabe von Aufträgen zur künstlerischen Ausgestaltung der UNO-City an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Auf Grund des IAKW-Finanzierungsgesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes vom 22. Jänner 1975, BGBl. Nr. 87, hat der Bund mit Vertrag vom 16. Jänner 1973, abgeschlossen zwischen der Republik Österreich (Bund), vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik und den Bundesminister für Finanzen, und der "Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft (IAKW)", in der Folge abgeändert mit Vertrag vom 30. Oktober 1975 und 11. Mai 1976, der IAKW die Aufgabe der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des als Bundesgebäude zu errichtenden Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien übertragen.

Gemäß § 1 Abs. 3 des Vertrages handelt die IAKW bei der Planung, Errichtung, Erhaltung und Finanzierung im eigenen Namen.

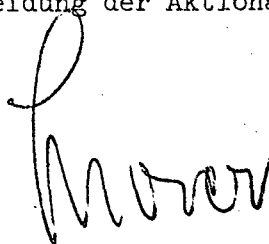
Gemäß § 7 des Vertrages hat die IAKW bei der Durchführung des Bauvorhabens Lieferungen und Leistungen unter Anwendung der ÖNORM A 2050 (Vergabe von Leistungen) auszuschreiben und zu vergeben sowie dem Bund entsprechende Auskünfte zu erteilen. Diese ÖNORM gilt ohne Beschränkung auf bestimmte Sachgebiete für die Vergabe von Leistungen (Arbeiten und Lieferungen) jeder Art - ausgenommen Ideen - und Entwurfswettbewerbe. Bei Vergabe betreffend Planungen,

-2-

Projektierungen, Gutachten, künstlerische Leistungen und dergleichen bestimmt die ÖNORM A 2050 selbst ihre Nichtanwendbarkeit, da es sich hier um spezifisch intellektuelle Leistungen handelt, die in Ausschreibungsform nicht konkret erfaßbar sind.

Die IAKW unterliegt daher hinsichtlich der Art und Weise der von ihr zu besorgenden Vergabe von Aufträgen zur künstlerischen Ausgestaltung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien ("UNO-City") keinen gesetzlichen bzw. vertraglichen Beschränkungen. Auf die Aufträge zur künstlerischen Ausgestaltung des Bauwerkes sind daher die Vorschriften des § 3, lit. d, des IAKW-Finanzierungsgesetzes über die Durchführung des Bauvorhabens nicht anzuwenden.

Es wurde daher durch den Aufsichtsrat in der 48. Sitzung am 16.11.1977 der Beschluß gefaßt, diese Frage auf Aktionärsesebene abzuklären. Sodann wurde in der 52. Sitzung am 6.10.1978 auf Grund der Entscheidung der Aktionäre die weitere Vorgangsweise beschlossen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Moser', is written over the bottom right portion of the text.